

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stahlfabrik: Tagesblatt Riesa.
Gemein Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen.

Postkonton: Dresden 1834
Strolache Riesa Nr. 22.

Nr. 208.

Montag, 7. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen in der Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Restamezeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckte und tabellarische Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Ermäßigter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abhängige Unterhaltungsbeilagen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Völkerverbundstagung.

Von Dr. R. A. S., M. D. N.

Der Völkerverbund hat zwei Tagungskörper, den Völkerverbundrat und die Völkerverbundversammlung. Die letztere ist gewissermaßen die Hauptversammlung, zu der ausnahmslos alle am Bund beteiligten Staaten Zutritt haben, während der Rat den Vorstand der Vereinigung verkörpert, der im wesentlichen aus den im Bund vertretenen Großmächten besteht. Jeder die 34 Tagungen des Rates noch die 5 Hauptversammlungen, die bisher stattgefunden haben, sind von der deutschen Öffentlichkeit mit besonderem Interesse verfolgt worden. Das ist verständlich, denn in der Vergangenheit war das, was von Völkerverbund aus gegenüber Deutschland sich auswirkte, alles andere als vorteilhaft. Jetzt hat sich nun in Genuß der Völkerverbundrat erneut zu einer Sitzung zusammengefunden, der unmittelbar eine solche der Völkerverbundversammlung folgen wird. Solange Poincaré im Völkerverbund die Kleinherrenschaft führte, konnte Deutschland eigentlich nur mit Sorge jede neue Tagung verfolgen. Zweifellos hat sich aber im Völkerverbund eine Wandlung vollzogen seit jener Zeit, in der Herrrot und Macdonald den Ton gaben. Beide sind in der Zwischenzeit zwar in die Versenkung verschwunden, aber ein wenigstens etwas verändertes Gesicht ist doch aus diesen Tagen zurückgeblieben. Die diesmaligen Tagungen werden zeigen, ob diese Anfänge zu einer Verbindung Fortschritte machen oder ob Rückschläge in alte Methoden zu verzeichnen sein werden.

Die meisten Punkte der Tagesordnung des Völkerverbundrates berühren ein unmittelbares Lebensinteresse Deutschlands nicht. Die wichtigste, diesmal im Rat zu behandelnde Sache ist die Wollfrage, bei der England im Gegensatz zur Türkei seine wirtschaftlichen Interessen geltend macht. Eine Lösung dieses schwierigen Problems wird wahrscheinlich auch diesmal noch nicht gelingen. Von den verschiedenen Kommissionsberichten, die der Rat über sich ergehen lassen wird, verdient unsere Aufmerksamkeit der Bericht des Generalkommissars für Österreich über dessen finanzielle Sanierung und der Sachverständigen über die Wirtschaftslage Österreichs. Österreich hat ein wesentliches Interesse daran, die drückende Kontrolle seiner Finanzen durch den Völkerverbund los zu werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Österreich hier Erfolge haben wird. Frankreich würde viel lieber allein Österreich in sein finanzielles Schlepptau nehmen, als es weiter unter der finanziellen Vormundschaft des Völkerverbundes zu sehen, und deshalb ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß der als Berichterstatter auftretende Pariser Professor sein Gutachten auf Aufhebung der Kontrolle einstellen wird, um den Weg für eine um so intensivere Abhängigkeit Österreichs von Frankreich frei zu machen. Von ganz besonderer Bedeutung für uns sind die auf der Tagesordnung des Rates stehenden beiden Danziger Fragen. Hinsichtlich der Abgrenzung des polnischen Munitionsdepots im Danziger Hafen und der Abgrenzung der polnischen Postzone bestehen schon seit längerer Zeit Differenzen, zu deren Beilegung jetzt eine Entscheidung getroffen werden soll. Der für uns wichtige Punkt, die Militärkontrolle in der entmilitarisierten Rheinlandszone wird nicht behandelt werden, da noch weitere "Prüfungen" dieser Frage stattfinden sollen. Auf deutsch heißt das: England und Frankreich sind sich hier noch nicht einig. Wohl aber ist es möglich, daß sich der Rat wenigstens in Form einer Aussprache mit dem Sicherheitsproblem befaßt.

In der Völkerverbundversammlung selbst wird die Frage der Abrüstung, der Sicherheitsgarantie und der Schiedsgerichtsbarkeit zweifellos einen breiten Raum einnehmen. Endgültige Entscheidungen sind jedoch auch hier zunächst nicht zu erwarten, sondern nach einer allgemeinen Aussprache werden diese Gegenstände den zuständigen Ausschüssen übergeben werden. Während dieser Beratungen wird sich zeigen, ob für uns die Möglichkeit besteht, inoffiziell Einfluss auf die Behandlung dieser Dinge zu nehmen, daß der deutsche Außenminister sich mit den Ministern der Entente Staaten zu einer Besprechung zusammensetzt. In französischen Kreisen mißt man dieser Tagung des Völkerverbundes eine besondere Bedeutung bei. Kennzeichnend hierfür sind die Äußerungen des "Temps", der vor wenigen Tagen schrieb: "Die sechste Völkerverbundversammlung wird eine besondere Bedeutung haben, nicht so sehr wegen der Fragen, die den Gegenstand ihrer Beratungen bilden, als vielmehr wegen der Atmosphäre, in der sich ihre Arbeiten abwickeln werden. Diese Atmosphäre wird einmal geschaffen durch die Tatsache der in Gang befindlichen Verhandlungen über den Abschluß eines Rheinpaktes, zum anderen durch den Wunsch der Welt, zu fassen, was die Folgen seines Eintrittes in den Völkerverbund. Man hat das Gefühl, an einem großen Wendepunkte der Politik der Nachkriegszeit angelangt zu sein, in dem sich das Schicksal des Friedens endgültig entscheiden wird und die Rolle, die der Völkerverbund in der allgemeinen Entwicklung der Welt spielen wird."

Ueber das Endergebnis der Beratungen der Völkerverbundversammlung, deren Dauer man etwa auf 8 bis 4 Wochen schätzen kann, zu sprechen und zu sagen, ist möglich. Was vor der Öffentlichkeit verhandelt werden wird, ist mehr oder weniger politische Schaukunst, die wirklichen Verhandlungen finden natürlich auch diesmal hinter den Kulissen statt. Man darf nie vergessen, daß der Völkerverbund eben kein Bund der Völker, sondern eine periodisch tagende Vereinigung der Regierungen der betreffenden Staaten ist, die ihre Karten niemals gegenseitig oder vor der Welt offen auflegen werden. Am Schluß der Verhandlungen wird der Zeitpunkt gekommen sein, ihr greifbares Ergebnis bekanntzugeben und anzuzeigen, was sich

prüfen. Vom Ergebnis der jetzigen 6. Tagung der Völkerverbundversammlung wird es ausschlaggebend abhängen, ob bei der nächstjährigen 7. Tagung Deutschland als Mitglied sich beteiligen kann oder nicht.

Nach der Juristenkonferenz.

Die Regierungsjuristen haben ihre Londoner Tätigkeit über Erwarten schnell beendet. Wie wir wissen, beschäftigten sie sich nicht nur mit technischen, sondern auch mit politischen Fragen, was von vornherein erwartet werden mußte. Technisch konnten sie sich in einer Reihe von Fragen einigen, aber nicht einmal diese Einigung war in allen Punkten zu erzielen. Die Hauptunterschiedspunkte sind jedenfalls nicht beseitigt worden und die deutsche Forderung, jede Streitigkeit vor den Völkerverbund zu bringen, hat eine allgemeine Annahme nicht gefunden. Nun kommt zwar aus Genf die Meldung, daß Chamberlain, Briand und Vandervelde beschlossen haben, den deutschen Außenminister Dr. Stresemann zu einer Konferenz einzuladen, doch geben die Nachrichten über den Zeitpunkt dieser Zusammenkunft beträchtlich auseinander. In London hält man es für zweifelhaft, daß die Ministerbegleitung schon vor der Beendigung der Völkerverbundtagung stattfinden wird. Als sehr wohl beachtlicher Grund für diese Annahme wird angegeben, daß der schwierigste Punkt der ganzen Besprechung in der Frage besteht, welche Art von Konflikten vom Völkerverbund entschieden werden sollen und welche Streitigkeiten von einer einzelnen Macht zu behandeln sind. Das Völkerverbundmitglied in Genf wäre fraglos der deutschen Auffassung zu päntig, weshalb die Ministerkonferenz erst zusammenzutreten dürfte, wenn die Genfer Völkerverbundtagung beschlossen ist. Auch ist mit einem anderen Tagungsort zu rechnen.

Die Sonderkonferenz-Frage.

Paris. Der Savasvertreter in Genf berichtet in einer Depesche, daß drei Tatsachen seit vorgestern abend festliegen. Abgesehen von immer möglichen Ueberschneidungen werde in naher Zukunft eine Sonderkonferenz über den Sicherheitspaktentwurf zusammenzutreten, zu der Deutschlands Beteiligung schon gesichert sei, da der Reichsaussenminister Stresemann in seiner Empfangsbesprechung auf die letzte französische Mitteilung den Gedanken direkter Verhandlungen angenommen habe. Weiter heiße es, daß diese Konferenz nicht während der Völkerverbundtagung stattfinden werde, da der Völkerverbund mit den auf seiner Tagesordnung stehenden Fragen genügend beschäftigt sei und bis Ende des Monats ständig tagen werde. Endlich schiene auch sehr zu wünschen, daß Italien an der geplanten Konferenz teilzunehmen wünsche. Was alle übrigen Fragen angeht, so müßte man sich mit Vermutungen begnügen, also bezüglich des Zeitpunktes der Konferenz und des Ortes der Konferenz. Die Konferenz der Minister zur Beratung der Sicherheitsfrage werde wahrscheinlich nicht mehr im September zusammenzutreten können, denn die Arbeiten des Völkerverbundes werden sich bis zum 27. oder 28. September hinausziehen. Außerdem würden alsdann die Außenminister wahrscheinlich mit ihren Ministerien Fühlung nehmen wollen, bevor sie sich zu der Zusammenkunft mit den Vertretern Deutschlands begäben. Sie werde also erst am 10. oder 15. Oktober stattfinden können. Auch über den Verhandlungsort sei man noch vollständig auf Vermutungen angewiesen. Da Italien den Wunsch habe, daß die Zusammenkunft auf italienischem Boden stattfinden, werde wahrscheinlich ein in der Nähe der Schweizer Grenze gelegener italienischer Ort bestimmt werden. Jede genauere Auskunft wäre verfrät.

Im Zusammenhang mit der obigen Meldung des Savasvertreters wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung in ihrer Antimemorandum sich im Prinzip mit der Methode mündlicher Verhandlungen einverstanden erklärt hat, da eine Fortsetzung des Notenwechsels kaum geeignet sei, zu einer weiteren Klärung der mit dem Abschluß des Sicherheitspaktentwurfes zusammenhängenden Fragen zu führen. Eine Einladung zu einer Sonderkonferenz über einen Sicherheitspaktentwurf liegt in Berlin noch nicht vor. Zudem werden sich vor weiteren Entscheidungen die zuständigen deutschen Stellen mit dem Bericht des Ministerialdirektors Gauß über die Londoner Juristenkonferenz zu beschäftigen haben.

Keine Vertimmung zwischen Herrrot und Loebe.

Berlin. In Verbindung mit den Meldungen über den sehr schnell begelegten Zwischenfall auf der Pariser Friedenskonferenz ist es von Interesse, daß der deutsche Reichstagspräsident Loebe nach seiner Rückkehr nach Berlin folgendes am 4. September aufgegebenes Telegramm erhalten hat.

"Ich danke Ihnen für Ihre so verbindlichen Worte. Meine Mitwirkung ist Ihnen sicher bei jedem Streben, das allen Völkern, vor allem aber Europa die kostbaren Wohlthaten des Friedens bringen soll. Herrrot."

Deutschland gegen eine Außenministerbesprechung.

Berlin. Von ununterrichteter Seite erfahren wir, daß die Reichsregierung sich jetzt dazu entschlossen hat, den alliierten Regierungen mitzuteilen, daß sie eine Besprechung der Außenminister für ungewöhnlich halten würde und es ihnen ausdrücklich ablehnen würde, alsbald eine Besprechung der Außenminister einzuberufen, die in der Lage sein würde zu abschließenden Abmachungen zu kommen. Wenn man diesen deutschen Vorschlag annehmen würde, so könnte dadurch eine wesentliche Beschleunigung in dem Zustandekommen eines Sicherheitspaktentwurfes eintreten. Von der Aufnahme dieses deutschen Vorschlages hängt es ab, ob sich der Außenminister Dr. Stresemann dazu entschließen wird, zu einer ganz unverbindlichen privaten Aussprache nach der Schweiz zu fahren, die aber nicht den Charakter einer Außenministerkonferenz tragen dürfte.

ten Regierungen einzuberufen, die in der Lage sein würde zu abschließenden Abmachungen zu kommen. Wenn man diesen deutschen Vorschlag annehmen würde, so könnte dadurch eine wesentliche Beschleunigung in dem Zustandekommen eines Sicherheitspaktentwurfes eintreten. Von der Aufnahme dieses deutschen Vorschlages hängt es ab, ob sich der Außenminister Dr. Stresemann dazu entschließen wird, zu einer ganz unverbindlichen privaten Aussprache nach der Schweiz zu fahren, die aber nicht den Charakter einer Außenministerkonferenz tragen dürfte.

Gegen die Außenpolitik Benesch's.

Wien. Das agrarische oppositionelle Tagesblatt "Naprawo" wendet sich unter dem Titel "Krise der Politik Benesch" gegen die einseitige französische Orientierung der Tschechoslowakei. Die Situation Frankreichs habe sich geändert. Die tschechische Rheinlandbesetzung habe aufgehört, ein Zwangsmittel zu sein, und Frankreich beginne darauf Wert zu legen, die Befestigung nach Möglichkeit abzukürzen. In England und Amerika stehe man auf dem Standpunkt, daß Abmachungen mit dem Deutschland Hindenburgs fester und zuverlässiger seien, als mit einem sogenannten demokratischen Deutschland. Dies habe auch Brandt begriffen. Es sei nötig, Frankreich zu ermüden, daß es die Rheinlandszone noch vor Ablauf des Termins im Gefühle der eigenen Sicherheit aufgeben könne. Deutschland müsse für Frankreich den Weg hierzu ebnen. Allerdings werde ein derartig entlastetes Frankreich ein wesentlich geringeres Interesse an den Verträgen mit Polen und der Tschechoslowakei haben. Wenn aber Frankreich selbst seine Politik gegenüber Deutschland auf Gleichberechtigung zu gründen beginne, müßte sich auch die Politik der übrigen Nachbar Deutschlands in diesem Sinne orientieren. Diese Orientierung hätte schon früher eintreten sollen. Jetzt aber müßte man in direkte Beziehungen eintreten, die recht gut möglich seien. Mit den Wahlen und den Handelsbeziehungen könne man beginnen.

Zum Unglück der Shenandoah.

Frankfurt a. M. Der ehemalige Zeppelinführer Heinen führte, wie gemeldet, das Unglück der "Shenandoah" auf die Tatsache zurück, daß man von 18 Sicherheitsventilen in den Gasballons, um Helium zu sparen, acht entfernt hat. Die Frankfurter Zeitung befragte hierüber die Zeppelinwerke, die den Erklärungsversuch Heinen für möglich halten und weiter ausführte: Das Schiff fuhr immer sehr prall. Die Ueberdruckventile, die auf das spezifisch leichtere Wasserstoffgas abgemessen waren, erwiesen sich als an sich zu klein, um das beim Steigen des Schiffes durch Ueberdruck sich ausdehnende Heliumgas herauszulassen. Wenn von 18 Sicherheitsventilen acht weggenommen wurden, so erklärt es sich, daß das Schiff nicht mehr manövrierfähig war. Wahrscheinlich wurde das Schiff von einer Welle in die Höhe gerissen. Dann konnten schon durch den Ueberdruck die inneren Gasbehälter geplatzt sein.

Festbleiben gegenüber Polen!

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter der "Dr. M.", der in den letzten Tagen eine Reise durch die an Polen abgetretenen ehemals weipreussischen und polnischen Gebiete gemacht hat und der Land und Leute aus langer Erfahrung genau kennt, wird folgendes berichtet:

Selbst bei den nationalpolitischen Kreisläutern ist die allgemeine Ansicht vertreten, daß die polnische Regierung mit der Erklärung des Volkstriebs gegen Deutschland eine Mißhandlung begangen habe. Im ganzen Lande ist die Angst vor dem Staatsbankrott vorhanden. Die Steuern reichen nicht aus und die Wirtschaft des Landes bringt nichts ein. Die Unterbilanz der Staatsfinanzen wächst von Monat zu Monat. Man fängt an, in größerem Umfang Beamte abzubauen, um den Staatshaushalt zu entlasten. In den Grenzübergängen werden die Passanten von den Zollbeamten ganz offen aufgefordert, für den täglichen Gebrauch wieder Waren, z. B. Kleidungsstücke, ganze Anzüge usw., herüber nach Polen zu bringen, je mehr, je besser, damit Hölle vereinnahmt werden können, denn ohne Gehalt kann man nicht leben. Das ist aber in Wirklichkeit die Sabotage des polnischen Volkstriebs durch die eigene Beamtenschaft. In Gischlowo und Gaornikau lagen fünf große Röhre, in jedem wurden 3000 Zentner Getreide verladen und im Transitverkehr nach Stettin gebracht. Das Getreide wird zu billigen Preisen veräußert, ebenso ist es mit Holz. Ein angesehener polnischer Kaufmann sagte mir: "Wenn die deutsche Regierung es fertig bringt, alle nach jede Einfuhr zu unterlagen und die Sperre auf das strengste durchzuführen, dann kommt bei uns in drei bis vier Monaten eine Mehlenteile und hinterher die Revolution!"

Vor neuen politischen Beratungen in Berlin.

Berlin. Wie wir hören, werden Ende der nächsten Woche wichtige außenpolitische Besprechungen in Berlin stattfinden, die sich mit dem Ergebnis der Londoner Juristenkonferenz befassen werden. Der deutsche juristische Sachverständige Dr. Gauß, der nach unseren Informationen noch einige sehr wichtige Besprechungen mit ausländischen Diplomaten haben wird, trifft am Mittwoch in Berlin ein und wird sich sofort vorläufiglich zum Außenminister Dr. Stresemann begeben. Der Bericht des deutschen Sachverständigen wird voraussichtlich schon am Montag abend fertiggestellt sein und in schriftlicher Ausfertigung den beteiligten Regierungen zugehen.